



Wortprotokoll der 38. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 24. Mai 2023, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Nachbereitung der Sitzung des
Staatssekretärsausschusses für nachhaltige
Entwicklung am 27. März 2023 zum Thema
„Kreislaufwirtschaft“

Tagesordnungspunkt 2

Seite 11

Antrag der Fraktion der CDU/CSU
**17 Nachhaltigkeitsziele in den Mittelpunkt der
Sitzungen des Parlamentarischen Beirats für
nachhaltige Entwicklung rücken**
Ausschussdrucksache 20(26)64



Tagesordnungspunkt 3 **Seite 12**

Beschlussfassung über die Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs zum Thema
„Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung“ am
21. Juni 2023

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 13**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)62

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 13**

Beschlussfassung über die Einsetzung einer
Berichterstättergruppe zum Thema "**Nachhaltige
Agrar- und Ernährungssysteme**"

Tagesordnungspunkt 6 **Seite 13**

Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu
zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den
Ausschussberatungen

Tagesordnungspunkt 7 **Seite 13**

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

| | Ordentliche Mitglieder | Stellvertretende Mitglieder |
|-----------------------|--|--|
| SPD | Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand | Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin |
| CDU/CSU | Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang | Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes | Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike |
| FDP | Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Teutrine, Jens | Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad |
| AfD | Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer | Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael |
| DIE LINKE. | Riexinger, Bernd | |



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zur 38. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE).

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich einige Geburtstagsgratulationen aussprechen, auch wenn nicht alle anwesend sind: Am 12. Mai hatte unser stellvertretendes Mitglied Frau Rasha Nasr von der SPD-Fraktion, Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch. Ich bitte, das auszurichten.

Am 16. Mai hatte Frau Tessa Ganserer, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch nachträglich. Dann Frau Tina Rudolph, SPD-Fraktion, die auch nicht anwesend ist. Herzlichen Glückwunsch nachträglich. Nils Gründer, FDP-Fraktion, hatte gestern Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten kann ich Ihnen sagen, dass der Tagesordnungspunkt 5 – das ist die Einsetzung einer Berichterstattergruppe – abgesetzt worden ist. Wir werden diesen gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf die Tagesordnung setzen.

Dann auch noch zur Tagesordnung: Wir haben eine Ergänzungsmitteilung zur Tagesordnung verschickt. Es gibt einen neuen Tagesordnungspunkt 2 – den Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „17 Nachhaltigkeitsziele in den Mittelpunkt der Sitzungen des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung rücken“. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend. Gibt es dazu Fragen, Bemerkungen, Hinweise? Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 1

Nachbereitung der Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung am 27. März 2023 zum Thema „Kreislaufwirtschaft“

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Zur Nachbereitung der Sitzung des Staatssekretärsausschusses begrüße ich Frau Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder aus dem

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV).

Wir haben unser Positionspapier zum Thema „Kreislaufwirtschaft“ im Umlaufverfahren beschlossen. Abweichend von unserem sonstigen Verfahren haben wir es hier in unserer Runde nicht extra debattiert, und wir haben in der Obleiterunde besprochen, dass wir auch jetzt keine Extrarunde der Berichterstatterinnen und Berichterstatter machen werden.

Dazu schon direkt?

Abg. **Jakob Blankenburg** (SPD): Ich hätte noch eine Anmerkung zum vergangenen Tagesordnungspunkt – zur Feststellung der Tagesordnung –, wenn Sie das zulassen würden, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Bitteschön.

Abg. **Jakob Blankenburg** (SPD): Ja, vielen Dank. Es geht nämlich um den neuen Tagesordnungspunkt 2, den wir eben gerade mit aufgesetzt haben, den Antrag der CDU/CSU-Fraktion.

So offen wir uns in den letzten Sitzungen auch immer gezeigt haben, die Tagesordnungen, die Reihenfolge und den Inhalt der Sitzungen abzuändern – wir als SPD-Fraktion sind da grundsätzlich offen –, aber der Antrag kam sehr kurzfristig. Und deshalb hätten wir noch Beratungsbedarf und würden ihn gerne in dieser Sitzung absetzen und auf die nächste Sitzungswoche verschieben.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich habe mit Herrn Schreiner gesprochen, und er war einverstanden, dass wir den Antrag aufrufen. Dann hat er zunächst die Gelegenheit, ein Statement dazu abzugeben, und dann können Vertagungsanträge gestellt werden. Ich schlage vor, dass wir so verfahren, sonst würde es jetzt hier den Rahmen sprengen. Wenn alle einverstanden sind, machen wir das so. Okay? Gut.

Ich war dabei, zu erläutern, dass wir abweichend von unserem sonstigen Verfahren keine extra Berichterstatterrunde machen.

Wir freuen uns, dass Frau Staatssekretärin Dr. Rohleder heute Rede und Antwort steht. Die



entsprechende Staatssekretärsrunde dazu war vorgestern. Da haben wir uns auch schon gesehen und die Fragen miteinander diskutiert. Insofern freue ich mich sehr, dass Sie heute bei uns sind.

Der Beirat hat das Positionspapier beschlossen und dem Staatssekretärsausschuss zugeleitet, und das Hintergrundpapier des Staatssekretärsausschusses zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie ist an den Beirat verteilt worden.

Wir haben verabredet, dass Frau Dr. Rohleder uns einen kurzen Input geben wird.

StSin Dr. Christiane Rohleder (Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Ja, ganz herzlichen Dank. Als allererstes möchte ich mich beim Parlamentarischen Beirat bedanken, dass Sie sich so intensiv auch mit diesem wichtigen Thema der Kreislaufwirtschaft befassen und dazu auch ein Positionspapier verfasst haben, was nachher in der Diskussion noch eine Rolle spielen wird.

Für die Bundesregierung ist die Kreislaufwirtschaft ein extrem wichtiges Thema, weil es – zu den verschiedenen planetaren Krisen, mit denen wir es im Moment zu tun haben – ein riesiger Hebel ist, wenn wir eine echte Kreislaufwirtschaft hinbekommen und wir diese globalen Krisen auch lösen können und unsere Lebensgrundlagen, aber auch die Grundlage unseres Wirtschaftens erhalten können. Das betrifft nicht nur die Klimaerhitzung, sondern auch das Artenaussterben und Vermüllung, Verschmutzung der Meere. All diese Dinge hängen eng mit der Art, wie wir wirtschaften, und mit der bisher linearen Wirtschaft, wo Dinge produziert und am Ende weggeworfen werden, zusammen. Und nur wenn wir dazu kommen, eine echte Kreislaufwirtschaft zu erreichen, wo schon beim Design der Produkte mitgedacht wird, dass die Dinge langlebig sind, lange im Kreislauf geführt werden können, lange erhalten bleiben und am Ende des Lebens auch wiederverwertet oder recycelt werden können, nur wenn uns das wirklich gelingt, können wir die Rohstoffe, die uns unsere Erde zur Verfügung stellt, auch so schützen, dass unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben.

Der Hebel, den wir hier in der Kreislaufwirtschaft

haben, ist enorm. Nach Schätzung des „International Resource Panel“ der Vereinten Nationen gehen ungefähr 50 Prozent der globalen Treibhausemissionen direkt oder indirekt auf die Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Brennstoffen, Biomasse, Erzen und Materialien zurück. Also 50 Prozent – das ist wirklich eine riesige Nummer, ein riesiger Hebel, und das zeigt eben auch die enorme Bedeutung des Themas. Und die Konsequenz aus diesem riesigen Hebel kann natürlich nur sein, dass wir dazu kommen müssen, diesen Verbrauch an Primärrohstoffen deutlich zu reduzieren. Und das ist natürlich eine Frage des Umweltschutzes und des Naturschutzes, aber es ist auch eine ganz zentrale industriepolitische Frage, weil die Ressourcen begrenzt sind. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, Dinge zu nutzen und am Ende einfach wegzuwerfen, sondern wir müssen die Dinge länger erhalten und auch wieder weiterbenutzen. Und im Moment ist nach den Daten des Statistischen Amtes der EU (Europäische Union) in Deutschland der Anteil der Sekundärrohstoffe am gesamten Rohstoffverbrauch nur ca. 13 Prozent. Das heißt, da haben wir noch sehr viel Luft nach oben, und das zieht sich durch alle Themen aller Ressorts letztendlich hindurch.

Wir hatten am Montag den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. Und da hat uns Prof. Faulstich – wie ich finde – einen sehr interessanten Input geliefert und zentrale Hebel benannt, um eine Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Ich kann das jetzt hier nicht so gut wiedergeben, wie er es gesagt hat, aber verschiedene Elemente, die er nannte, sind zum einen verbindliche Ziele, eine gesetzliche Verankerung, eine Rezyklateinsatzquote, weil man dadurch einen enormen Pooleffekt erreichen kann. Das ist etwas, wo wir gerade auf der EU-Ebene auch drüber sprechen. Und auch die „Aspekte der Produktzulassung“ war etwas, was er nannte. Bei den verschiedenen Arten von Wertstoffen, mit denen wir es zu tun haben – Metalle, Kunststoffe usw. –, brauchen wir jeweils auch unterschiedliche Dinge, weil da unterschiedliche Herausforderungen bestehen. Also z. B. Metalle sind schlichtweg auch begrenzt. Wir haben nur die Metalle, die in der Erde vorhanden sind. Bei Kunststoffen haben wir keine Knappheit, aber



dafür haben wir da das große Entsorgungs- und Müllproblem, Vermüllung der Meere usw.

Vielleicht noch ein paar Sätze zu Ihrem Papier. Ich habe mich sehr über dieses Papier gefreut, weil auch hier dieser gesamte Lebenszyklus so besonders betont wird, den wir in den Blick nehmen müssen. Und in Ihrem Papier sind auch sehr, sehr viele Aspekte angesprochen, die für uns Kern dessen sind, was wir uns auch angucken als Bundesregierung. Ich greife einfach nur mal ein paar Dinge raus: Zum einen die Importabhängigkeiten, die auch durch eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft reduziert werden können, auch Fragen wie „Kennzeichnung von Kunststoffen“, um eine entsprechende Trennbarkeit zu ermöglichen. Auch Fragen der Künstlichen Intelligenz – da haben wir auch Förderprogramme, wo es genau um Künstliche Intelligenz und Kreislaufwirtschaft geht. Die europäischen Vorgaben, Ökodesign-Richtlinie, Ökodesign-Verordnung, Dinge, die wir gerade intensiv diskutieren, die ökologisch vorteilhaften Mehrwegrücknahme- und Pfandsysteme zu stärken, ökobilanzielle Bewertungen – also es sind sehr viele. Die Definition des Abfallendes ist auch etwas, bei dem wir in der Vorbereitung sind, das zu regeln. Und erweiterte Herstellerverantwortung. Auch dies alles sind Dinge, die wir gerade diskutieren, um vielleicht ein paar Dinge für die Diskussion schon einmal zu benennen. Aber vielleicht gibt es ganz andere Punkte, die Ihnen besonders am Herzen liegen und die Sie uns mitgeben wollen. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ja, erst mal ein herzliches Dankeschön für diesen Einstieg. Wir machen einmal eine Fragerunde. Ich will schon mal eines vorweg sagen, vielleicht können Sie, wenn Sie gleich Ausführungen machen, auch noch ein paar Sätze zum weiteren Verfahren sagen. Ich will das aber nicht als extra Frage verstanden wissen, aber das wäre gar nicht schlecht.

Ich sehe eine Fragestellung von Frau Dr. Kersten, Frau Ganserer und Herrn Brinkhaus, und dann Herr Dr. Kraft. Wir machen wie immer fünf Minuten für Fragestellung plus Antwort. Frau Dr. Kersten.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau

Staatssekretärin, sehr geehrter Herr Rose und Frau Scholz. Sehr schön, dass Sie heute alle bei uns sind.

Ich hätte eine Frage: Wir haben heute Morgen im Umweltausschuss schon von Prof. Messner gehört, dass diese Zahlen – mit diesen 50 Prozent in Rohstoffgewinnung – und auch die Erstverarbeitungsstufe Immissionen verursachen. Meine Frage wäre: Wir haben in Deutschland ein System, wo man Elektrogeräte abgeben kann und sollte, aber – ich glaube – es werden nur 15 Prozent tatsächlich wieder in einem recyclefähigen Zustand zurückgegeben, und es ist so ein großes Loch. Und wenn ich mir anschau, wie das Luxemburg regelt oder auch in Belgien die Systematik läuft: Sehen Sie da bei uns regulatorische Ansätze, wie das vielleicht in der kommunalen Selbstverwaltung von der Bundesgesetzgebung doch noch ein bisschen besser organisiert werden könnte, um zu verhindern, dass praktisch sehr viele Waschmaschinen oder auch Kühlschränke und sonst etwas irgendwie verschwinden, ohne dass jemand weiß, wo sie wirklich sind?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Direkte Antwort.

StSin Dr. Christiane Rohleder (Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Ja, also Sie haben jetzt direkt die Großgeräte angesprochen. Mittlerweile bieten ja sehr viele Hersteller dieser Großgeräte auch an, dass, wenn man eine Waschmaschine kauft, sie direkt die alte Waschmaschine wieder mitnehmen. Da hat sich – glaube ich – gerade ziemlich viel getan.

Ich glaube, die größte Lücke beim Einsammeln haben wir bei den IT-Geräten, also Handys und Laptops usw., die zu Hause bei den Leuten rumliegen. Und das hat ziemlich viel auch mit den Datenschutzfragen zu tun, die damit zusammenhängen. Die Leute haben da Sorgen. Das ist etwas, wo wir tatsächlich mal überlegen müssen, wie man das so handhaben kann, damit den Leuten diese Sorgen genommen werden und dass man sicher sein kann, dass diese Daten dann geschützt sind bzw. vernichtet werden oder dass die Leute besser das Know-how kriegen, dass sie im Grunde auf einen Reset-Knopf drücken können



und diese Daten wirklich so geschreddert sind, dass man keine Sorgen mehr haben muss, dass damit jemand noch was anfangen kann. Das ist so eine Frage, die mich in dem Kontext beschäftigt.

Ansonsten, bei den Kleingeräten haben sich die Rückgabemöglichkeiten in den letzten Jahren deutlich verbessert. Ich weiß nicht, ob das allen bekannt ist, weil ich merke, dass auch in meinem persönlichen Umfeld viele das gar nicht wissen, dass man mittlerweile kleine Geräte mit einer Kantenlänge von bis zu 25 Zentimetern auch im Supermarkt abgeben kann. Das ist aber auch etwas, wo ich überlege, wie man das noch bekannter machen kann, weil viele Leute das eben gar nicht wissen. Man kann da jetzt nicht mit dem ganzen Waschkorb von diesen kleinen Geräten auf einmal hingehen, aber pro Einkauf drei Stück. Also damit kriegt man seinen Waschkorb, den man zu Hause stehen hat, im Laufe der Zeit dann auch ganz gut geleert. Das ist etwas, was es eigentlich für die Leute schon sehr viel einfacher macht. Die Kommunen machen sich ja teilweise auch auf den Weg. Also für Berlin weiß ich, dass es jetzt in den Bezirken von der BSR (Berliner Stadtreinigungsbetriebe) immer mal wieder wirklich wohnortnah auf diversen Plätzen – also pro Bezirk an X verschiedenen Tagen – Sammlungen gibt, wo man dann alles komplett hinbringen kann. Ich muss sagen, bei uns war das auch. Ich bin irgendwann nach Hause gekommen und unser Schuppen war leer, weil mein Mann alles hingebraht hat. Er hat das sofort genutzt. Das sind neue Möglichkeiten. Und das haben wir bei anderen Leuten in unserem Umfeld auch gemerkt, dass das dann deutlich genutzt wird, wenn auf kommunaler Ebene promoted wird, dass man dann alles auf einen Schlag loswird.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ja, vielen Dank. Bevor ich Frau Ganserer das Wort gebe, folgender Hinweis: Wir wollen ja mit Frau Dr. Rohleder keine eigene Anhörung mit größerem Umfang durchführen, deswegen habe ich jetzt noch drei Wortmeldungen. Ich würde Sie bitten, sich bis nach dem Statement von Frau Ganserer und der Antwort zu überlegen, ob noch jemand auf die Redeliste möchte, weil ich sie dann schließen würde. Dann arbeiten wir das ab, und dann können wir zu unseren anderen Gästen kommen. Okay? Dann sind alle schon mal vorbereitet. Frau Ganserer, dann Herr Brinkhaus,

und dann Herr Dr. Kraft – nach jetzigem Stand.

Abg. Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Rohleder, vielen Dank Ihre Ausführungen. Sie haben selber ja auch gesagt oder deutlich gemacht, dass der Ressourcenverbrauch neben dem Klimawandel und dem Artensterben eine der großen globalen Herausforderungen ist. Wir hatten heute Morgen Herrn Prof. Messner im Umweltausschuss zu Gast, wo sich im Austausch mit ihm genau das auch herauskristallisiert hat. Von dem her halte ich es bei der Debatte nicht nur für notwendig, sich zu überlegen, mit welchen Instrumentarien wir die Wiederverwendung von Rohstoffen in der Kreislaufwirtschaft fördern können, sondern ich glaube – und das haben Sie ja auch schon kurz angeschnitten –, dass es im Wesentlichen auch darauf ankommt, dass wir bereits beim Produktdesign darauf achten, dass Produkte langlebiger sind, reparierbar und eben auch recyclefähig sind. Wenn Sie da vielleicht noch ein bisschen weiter ausführen können, was hier im Zuge der Ökodesign-Verordnung der EU zu erwarten ist und was wir hier ggf. auch in der nationalen Gesetzgebung noch machen können.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Direkte Antwort.

StStin Dr. Christiane Rohleder (Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Beim Produktdesign ist tatsächlich die Ökodesign-Verordnung das zentrale Element. Da ist auch im letzten Jahr schon einiges passiert, wo wir aktiv dran mitgewirkt haben. Ich sage mal Stichworte: einheitliches Ladekabel, Reparierbarkeit von Smartphones und Tablets, dass Ersatzteile zur Verfügung gestellt werden müssen usw. und dass auch ein Reparierbarkeitslabel da künftig drauf kommt – also diese Energiekennzeichnung, die man kennt –, dass da auch die Reparierbarkeit mit angegeben wird. Das ist da alles vereinbart. Und jetzt wird diese bisherige Ökodesign-Richtlinie komplett auf neue Füße gestellt zu einer Ökodesign-Verordnung, die dann auch unmittelbar gelten wird. Die Verordnung regelt die groben Bereiche, sie regelt, welche Anforderungen an Produktgruppen gestellt werden können. Und dann gibt es einen zusätzlichen Prozess für jede einzelne



Produktgruppe, weil man natürlich an Kleidung nicht die gleichen Anforderungen stellen kann wie an Elektrogeräte oder so, sondern das wird für die einzelnen Produktgruppen jetzt jeweils alles geregelt. Und die Ökodesign-Verordnung lässt u. a. zu, Mindest-Rezyklateinsatzquoten festzulegen, sie lässt es auch zu, Regelungen zur Recyclingfähigkeit am Ende des Lebens zu treffen. Das ist wichtig, weil wir an beiden Enden ansetzen müssen, damit wir die Rezyklate kriegen, die wir brauchen, um sie am Anfang dann eben wieder einzusetzen, also, diesen ganzen Kreislauf zu denken. Sie lässt auch zu, Anforderungen an Langlebigkeit zu stellen. Sie ist jetzt gerade im Rat beschlossen worden. Als Nächstes kommt dann der Trilog zwischen dem Rat, dem Parlament und der Kommission, und am Ende tritt die neue Ökodesign-Verordnung in Kraft. Ich denke, das erfolgt auf jeden Fall noch in dieser Wahlperiode der EU-Kommission (2019 - 2024).

Sie hatten nach dem weiteren Verfahren gefragt, dann würde ich dazu auch gerade vielleicht noch etwas sagen. Wir befinden uns im Moment im Prozess der Entwicklung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie, und in diesem Rahmen wurde als Auftakt auch dieses Grundlagenpapier erstellt, das Ihnen allen zugewandt ist und auf das Sie eben Bezug genommen haben. Dieses wird im Moment in einem größeren Dialogprozess mit diversen Stakeholdern besprochen. Dazu gibt es verschiedene Prozesse. Teilweise ist es ein Dialogprozess, wo sozusagen die Spitzen der Verbände mit unserer Hausspitze zusammenkommen. Dann geht das aber auch weiter runter in Dialogwerkstätten und am Ende auch in runde Tische zu den einzelnen Bereichen, also zu so etwas wie Bekleidung, Textilien, zum zirkulären Wirtschaften insgesamt, zu Metallen. Diese runden Tische sind uns sehr wichtig, weil wirklich an diese runden Tischen dann auch – gemeinsam mit den Stakeholdern – das entwickelt werden soll, was am Ende die Maßnahmen sind, die in der Kreislaufwirtschaftsstrategie festgelegt werden sollen. Es ist uns wichtig, die Branchen auch mitzunehmen, weil nur, wenn wir diese mitnehmen, das am Ende auch passiert. Wir können bei dieser Strategie ja nicht einfach auf einen Knopf drücken und dann ist sie umgesetzt, sondern wenn sie umgesetzt wird, müssen wir die Leute mitnehmen. Da sind wir im Moment dran,

und anschließend wird dann die Strategie selbst festgehalten und soll dann im Kabinett beschlossen werden.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Prima, vielen Dank. Bevor Herr Brinkhaus dran ist, gucke ich noch einmal in die Runde. Ich habe die weitere Wortmeldung von Frau Hagl-Kehl gesehen. Darüber hinaus gibt es keine weitere Meldung. Dann schließe ich die Redeliste. Herr Brinkhaus, Sie haben das Wort.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Ja, ganz herzlichen Dank. Ich denke mal, beim Thema „Kreislaufwirtschaft“ waren wir in den letzten Jahrzehnten gar nicht so schlecht, aber wir haben noch unglaublich viel Potenzial. Wenn wir über CO₂-Reduzierung sprechen, und Sie haben das ja in ihren einleitenden Worten gesagt, dann konzentrieren wir uns meistens auf Dekarbonisierung durch die Erzeugung von erneuerbaren Energien. Das reduzieren wir dann meistens auf die Themen „Fotovoltaik“, „Wind“, vielleicht noch irgendwo in der Weiterverwendung ein bisschen Wasserstoff. Aber es ist – glaube ich – sehr, sehr richtig, dass wir die anderen Bereiche genauso in den Fokus nehmen, weil wir da erhebliche Potenziale heben können. Insofern ganz herzlichen Dank.

Und danke dafür, dass Sie diese nationale Strategie erarbeiten. Es ist auch richtig – finde ich – und auch gut organisiert, wie Sie das mit dem Dialogplattform machen. Sie haben ja einen transparenten Prozess, der im Internet auch für die Bürgerinnen und Bürger einsehbar ist. Und soweit ist wirklich alles sehr, sehr gut.

Jetzt frage ich mich nur, um mal ein Wort aus der Ampel zu bemühen: Sitzt da auch der richtige „Wums“ hinter? Denn – wir sind alle irgendwo auf irgendwelchen Podien und sonst was unterwegs – wir müssen eigentlich schneller werden. Die Frage ist: Wie kriegt man diesen Prozess schneller? Wenn Sie jetzt einen Dialogprozess mit Stakeholdern haben, dann ist das gut und dann ist es richtig, aber die Frage ist: Wann ist der abgeschlossen? Wenn die Bundesregierung ein Strategiepapier herausgibt, dann ist das auch gut und richtig und schön, aber wann wird das irgendwo in die Umsetzung gehen? Und da stellt sich mir die Frage, wer das Gesicht in der Regierung ist, um das Commitment



auch rüberzubringen, weil das über Menschen, Personen – bei allem Respekt vor Staatssekretärsausschüssen – auch transportiert werden muss. Das heißt, ist da wirklich der unbedingte Wille, der unbedingte Kampfwille, diese ganze Sache so durchzutragen, wie es ja wohl zumindest in der Annoncierung in den Bereichen „Wind“ und „Fotovoltaik“ da ist? Also ich würde mir wünschen, dass wir Kreislaufwirtschaft, dass wir auch vorhergehend „Net Zero Waste“ und solche Sachen, mit genau der gleichen Wertigkeit behandeln. Da würde ich mir wünschen, dass wir fokussierter in die Öffentlichkeitsarbeit reingehen, vielleicht auch wir als Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung.

Und ich würde mir es auch wirklich wünschen, weil das ja eine Querschnittsaufgabe auch innerhalb der Bundesregierung ist – da sitzen ja nicht nur Sie mit ihrem Ministerium drauf, sondern da sitzen auch andere Ministerien drauf – , dass das wirklich auch zu einem Kernthema in der Umweltpolitik und im Kampf gegen den Klimawandel wird. Und vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wie das Ganze hier irgendwo von der Geschwindigkeit beschleunigt werden soll? Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, dass dieses Strategiepapier nicht nur irgendwo eine Ankündigung ist, sondern einen konkreten Handlungsplan hat? Und vielleicht können Sie auch etwas dazu sagen, wie wir Sie als Parlament da unterstützen können?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ja, wieder direkte Antwort bitte.

StSin Dr. Christiane Rohleder (Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Ja, vielen Dank, Herr Brinkhaus. Also ist da der richtige „Wums“ dahinter? Ich würde sagen, ja, da ist ziemlich viel „Wums“ dahinter, vor allem deshalb, weil wir nicht mit den konkreten Handlungen warten, bis die Strategie beschlossen ist, sondern das läuft natürlich parallel. Also ich habe eben auch gerade gesagt, dass in Bezug auf Ökodesign diverse Dinge bereits erreicht wurden. Diese Dinge auf der EU-Ebene werden die ganze Zeit vorangetrieben. In Bezug auf Anforderungen an die Produktion kann das natürlich nur auf europäischer Ebene sinnvoll betrieben werden, und diese Dinge, die passieren

alle gleichzeitig. Also insofern sind wir da auch durchaus schnell. Natürlich würde man sich immer wünschen, alles würde noch schneller gehen, aber wenn es dann um die konkreten Dinge geht, heißt es oft auch von der Industrieseite „Wir brauchen auch ein bisschen Zeit für diese Transformation“. Und insofern hat es – glaube ich – an der Stelle tatsächlich ein gutes Tempo, weil wir die Dinge jetzt angehen, aber gleichzeitig die Industrie ebenso mitnehmen, dass sie diese Transformation eben auch leisten können.

Sie haben auch gerade den Zusammenhang zu „Zero Waste“ hergestellt, also diese Fragen „Vermüllung der Meere“, „Plastikabkommen“. Unsere Ministerin, Steffi Lemke, wird jetzt am Samstag auch in Paris bei der zweiten Verhandlungsrunde zu dem weltweiten Plastikabkommen dabei sein. Unsere Ministerin ist auch bei dem Aufschlag dabei, wo es gelungen ist, überhaupt diesen Prozess für ein solches internationales Plastikabkommen auf den Weg zu bringen. Das ist insofern ein ganz wichtiges Thema für unser Haus und auch für die Bundesregierung insgesamt und definitiv nicht nur auf der Staatssekretäresebene. Sondern das ist die Ebene, die man dann vielleicht braucht, um auch den „Maschinenraum“ diesbezüglich am Laufen zu halten. Das ist auch nicht nur für unser Ressort wichtig, sondern bei dem Thema „Kreislaufwirtschaft“ arbeiten wir wirklich sehr gut über die Ressorts hinweg zusammen und haben einen sehr guten Prozess bei der Entwicklung dieser Kreislaufwirtschaftsstrategie, was nur funktioniert, wenn alle Ressorts mitziehen. Denn wir können nicht vom Umweltministerium aus aufschreiben, was dann im Bereich der verschiedenen anderen Ressorts jeweils passieren müsste, denn das können die auch nur selbst. Insofern arbeiten hier alle auch intensiv mit. Bis man dann in so einem Prozess natürlich alle mitgenommen hat und dann am Ende auch das Ergebnis hat, braucht man ein bisschen Zeit, aber ich sage mal, wir befinden uns immer noch ungefähr im ersten Drittel der Legislaturperiode und sind jetzt schon im Dialogprozess. Bis jetzt sind wir in dem Zeitplan der Strategie, so wie wir es uns vorgenommen haben, und ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Prozess, wie wir ihn aufgesetzt haben, auch ein gutes Ergebnis erzielen werden, das hilft diese riesige Transformation, die wir vor uns



haben, stemmen zu können.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Dann ist jetzt Herr Dr. Kraft an der Reihe und dann Frau Hagl-Kehl.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. Danke auch für Ihren Vortrag. Ich bin ein bisschen überrascht aufgrund der Erwartungshaltung, dass Sie sagen, „Okay, es wird so und so viel Primärenergie für die Beschaffung von Ressourcen aufgewendet, und wenn man da jetzt die Kreislaufwirtschaft hochfährt, lässt sich das signifikant reduzieren“. Ich frage mich, wie man zu dieser Einschätzung kommt, denn es gibt eine Korrelation oder sogar eine Kausalität zwischen den Kosten, die ich in der Kreislaufwirtschaft für Recycling brauche und der dafür ausgewählten Energie. Und die Dinge, die heute wirtschaftlich recycelt werden können, hat die Industrie alle schon für sich entdeckt. Das beste Beispiel wäre der Schrotthandel. Schrott ist ein weltweit bevorzugt gehandeltes Gut und wird unter wirtschaftlichen Kriterien in Elektrostahlanlagen eingeschmolzen und verbraucht auf diese Art und Weise weniger Energie beim Umschmelzen als beim Neuherstellen von Stahl benötigt wird. An den Stellen natürlich, wo das Führen im Kreislauf größere Aufwendungen, mehr Energie verbraucht, sind wir im Bereich der Unwirtschaftlichkeit. Dann macht es auch keiner. Ein Beispiel hier wäre z. B. das Recycling von Reinst-Silicium aus Fotovoltaik-Anlagen. Beim derzeitigen Preis von Reinst-Silicium für unter 10 kg aus China macht es niemand das Recycling. Das ist energetisch nicht darstellbar mit dem Aufwand, den ich für Maschinen, Chemikalien und sonstige Dinge brauche. Also, ich frage mich, wo dieser Bezug herkommt, dass Sie sagen, nur weil man Dinge per Gesetz – „auf Teufel komm raus“, sage ich jetzt einmal etwas flapsig, es sei mir gestattet – es ist fraglich, ob durch Kreislaufwirtschaft der Energieverbrauch effizient reduziert werden würde. Ja, man wird weniger Ressourcen aus dem Boden holen, aber der Energieverbrauch wird sich deswegen nicht reduzieren, der wird zum Teil in gewissen Bereichen einfach steigen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Direkte Antwort wieder, bitte.

StSin Dr. Christiane Rohleder (Staatssekretärin

des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Das finde ich jetzt eine mutige These. Dass der Energieverbrauch durch Recycling steigt, habe ich jetzt so noch nirgendwo gelesen. Es mag bestimmte Techniken geben, die vielleicht besonders viel Energie verbrauchen. Das sollte dann nicht die Methode der Wahl sein. Dieser ganze Ansatz der Kreislaufwirtschaft hat ja auch das Element, Dinge bereits so herzustellen, das sie länger halten. Alleine dadurch, ob ich ein Smartphone jetzt nach drei Jahren auswechsele, weil ich gar kein Update mehr bekomme, oder ob ich noch ein Update aufspielen kann und es dann sechs Jahre verwenden kann, habe ich schon die komplette Energie für Neuherstellung, Ressourcenverbrauch usw. gewonnen. Das sind die Dinge, bei denen wir einen riesigen Hebel haben, und auch das ist etwas, was in der Wahlperiode bereits passiert ist, nämlich, dass diese Verpflichtung, Updates zur Verfügung zu stellen, in dieser Regelung mit enthalten ist, die Ende letzten Jahres in der EU beschlossen worden ist. Also hier hat auch die EU eine sehr positive Rolle, und ich bin sehr froh, dass wir in diesen Dingen gemeinsam mit den anderen europäischen Mitgliedstaaten einen Schritt weiter kommen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung. Dann ist jetzt Frau Hagl-Kehl an der Reihe.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Ja, danke, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich hätte nur eine Nachfrage zu der Antwort, die Sie Frau Dr. Kersten gerade vorhin gegeben haben zur Recycelbarkeit oder Wiederverwendung von diesen Geräten, denn Sie sagten, wenn man dem Menschen erklärt, man kann es auf Werkseinstellung zurücksetzen, dann passiert nichts.

Wir haben vor ein paar Wochen von der Bundestagsverwaltung ein Schreiben bekommen, wir sollen auf gar keinem Fall diese Geräte herausgeben, weil selbst wenn sie auf Werkseinstellung zurückgesetzt sind, die Daten wiederholbar sind. Und wenn das jetzt stimmt, was die IT hier im Haus sagt, dann bekommen wir ein datenschutzrechtliches Problem, und das würde mir dann etwas Sorgen bereiten. Jetzt weiß ich nicht, habe ich Sie richtig verstanden, weil – wie gesagt – der Bundestag etwas anderes sagt?



StSin Dr. Christiane Rohleder (Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Vielen Dank für die wichtige Nachfrage, dann habe ich mich eben offensichtlich missverständlich ausgedrückt. Ich wollte nicht sagen „Einfach auf Werkseinstellung zurückstellen, und alles ist gut“, sondern es ist eben komplexer. Im Grunde bräuchten wir aber einen Button, auf den wir drücken können, und es ist alles so geschreddert, dass es eben nicht einfach so möglich ist, diese Daten wieder herzustellen. Also wenn ich einfach nur so die Daten lösche – solange die nicht neu überschrieben sind, sind die ja auf dem Gerät noch drauf. Insofern ist es eben ein bisschen komplexer, denn man muss wirklich diese Daten schreddern, die auf dem Gerät sind, und das ist etwas, was viele Menschen überfordert, und ich denke darüber nach, wie wir dieses Problem lösen können. Denn es ist nicht damit gelöst, im Moment den Leuten zu sagen „Drückt auf diesen Knopf, und dann ist alles gut“, sondern es ist ein bisschen komplizierter, diese Informationen stärker an die Leute zu kriegen und auch irgendwie einfache Wege zu haben. Ich weiß selber im Moment gerade gar nicht, ob es wirklich auf jedem Gerät eine einfache Möglichkeit gibt, diese Art Schredderung vorzunehmen. Ich habe bis jetzt meine alten Geräte dann immer bei Sammlungsdiensten zurückgegeben, die mit entsprechenden Dienstleistern zusammenarbeiten, die eine entsprechende Vertrauenswürdigkeit haben, dass sie diese Schredderung der Daten ordnungsgemäß vornehmen, sodass es darüber dann gesichert war. Aber ich habe die auch nicht einfach am Recyclinghof abgegeben.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ja, vielen Dank für die Ergänzungen, sehr geehrte Frau Dr. Rohleder, vielen Dank, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Es sollte ja eine kleine Nachlese sein zu diesem riesigen Thema, insbesondere aber zu der Sitzung am vorgestrigen Montag. Ein herzliches Dankeschön dafür. Viel Erfolg bei dem, was sich die Arbeitsgruppe da vorgenommen hat. Wir werden ja sicherlich wieder darüber sprechen und sind dann sehr gespannt, ob die ambitionierten Vorhaben auch so in die Realität kommen werden und was uns dann das Strategiepapier liefern wird. Vielen Dank. Heute noch einen schönen Feierabend oder eine

gute weitere Tätigkeit, je nachdem was sich anschließt.

StSin Dr. Christiane Rohleder (Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Ja, vielen Dank auch meinerseits, auch für die Fragen, und viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit bei all den vielen Themen, die Sie hier in diesem wichtigen Beirat bearbeiten. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Fraktion der CDU/CSU 17 Nachhaltigkeitsziele in den Mittelpunkt der Sitzungen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung rücken

Ausschussdrucksache 20(26)64

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen unsere Beratung fort. Zum neu aufgesetzten Antrag der Fraktion der CDU/CSU wurde verabredet, dass ich zunächst Herrn Schreiner das Wort gebe, und anschließend habe ich mir schon Herrn Blankenburg notiert.

Abg. **Felix Schreiner** (CDU/CSU): Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht uns – unabhängig von der Weiterentwicklung des PBnE – einfach noch einmal darum, mit diesem Antrag auch auf unseren Einsetzungsbeschluss zu sprechen zu kommen. Wir haben alle im Deutschen Bundestag die Finger dafür erhoben – konsensual –, dass wir unseren Einsetzungsbeschluss insofern auch ernst nehmen, dass wir die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie abarbeiten und uns damit befassen. Wir haben als Fraktion mehrfach vorgeschlagen – insbesondere der Kollege Ralph Brinkhaus –, dass wir uns systematisch mit den 17 SDGs (Sustainable Development Goals) beschäftigen. Wir wissen und kennen den Sitzungskalender des Deutschen Bundestages, wir kennen den Zeitplan. Wir können das also ein Jahr im Voraus alles wunderschön planen, wenn man das möchte. Wir haben gleichzeitig alle festgestellt, dass es uns bekümmert, dass die Bundesregierung – mit heutiger Ausnahme, es ist jetzt also ein bisschen blöd, wenn jemand geht, aber das meine ich jetzt nicht – bisher eben auch mit Abwesenheit gegläntzt hat und unsere



Einladungen nicht annimmt und in Wahrheit wir von der Executive eine Agenda vorgeschrieben bekommen und uns als Parlament zu wenig mit den Themen beschäftigen, die wir eigentlich als Kontrollorgan für die Nachhaltigkeitsstrategie und die Nachhaltigkeitsziele eben in den Mittelpunkt des Parlaments stellen wollen. Und dann wird immer geklatscht – die einen auf dem Tisch, die anderen heimlich unter dem Tisch. Und jetzt haben wir es zu Papier gebracht, formuliert.

Ich habe vernommen, dass es zu kurzfristig zugegangen ist. Das war keine böse Absicht, weil es auch so formuliert ist, dass sich eigentlich keiner auf den Schlipps getreten fühlen sollte, aber wir wollen damit natürlich schon auch in die nächste Runde gehen und – glaube ich – das Bewusstsein auch wieder, so wie es in der letzten Wahlperiode diesem PBnE auch gerecht wurde.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Schreiner. Dann jetzt Herr Blankenburg, bitte.

Abg. **Jakob Blankenburg** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns ja – insbesondere in der Obleuterunde – regelmäßig Gedanken über den Sitzungsablauf gemacht. Wir haben als SPD-Fraktion Vorschläge gemacht. Das ist jetzt auch ein konkreter schriftlicher Vorschlag von Seiten der Union, über den wir dann auch gerne diskutieren, weil wir uns – glaube ich – einig sind, dass wir den PBnE tatsächlich schlagkräftig machen wollen.

Ganz so negativ, wie der Kollege Schreiner es gerade beschrieben hat, würde ich unsere Arbeit jetzt ehrlicherweise nicht sehen. Wir haben mehrere Berichterstatter:innen-Gruppen, die tagen. Wir haben eine dauerhafte Berichterstatter:innen-Gruppe zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die sich gerade mit dem Indikatorenbericht auseinandersetzt und uns dann hier auch eine Diskussionsgrundlage verschaffen wird. Deswegen – glaube ich – sind wir schon ganz gut dabei.

Nichtsdestotrotz machen und sollten wir uns natürlich auch Gedanken machen, wie es denn nach der Sommerpause weitergeht. Die nächsten Sitzungen sind ja auch schon zum Teil terminiert und gut gefüllt mit Sachverständigen. Da würde ich sagen, ist der Antrag, den die CDU/CSU-

Fraktion hier vorgelegt hat, auch eine gute Diskussionsgrundlage. Nichtsdestotrotz würde ich den Antrag auch gerne mit meiner Fraktion besprechen und auch mit den anderen Fraktionen, um genug Zeit zu haben und um tatsächlich auch eine gute Diskussionsgrundlage dafür zu schaffen. Deswegen würden wir uns freuen, wenn wir ihn einfach in der nächsten Sitzung noch einmal aufsetzen und wir dann gemeinsam auch noch einmal über den Ablauf der nächsten Sitzungen reden.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Blankenburg. Es ist also Vertagung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung beantragt. Ich frage einmal: Ist Gegenrede vom Antragsteller gewünscht? Herr Schreiner?

Abg. **Felix Schreiner** (CDU/CSU): Eine Woche ist okay. Damit können wir leben. Dann sollten wir uns aber damit befassen und vielleicht auch zwischenzeitlich die Zeit nutzen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Da der Antragsteller einverstanden ist – denke ich – ersparen wir uns die Abstimmung an der Stelle. Weiteren Widerspruch kann ich auch nicht erkennen. Dann ist das bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. so einvernehmlich beschlossen. Ich bedanke mich.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlussfassung über die Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs zum Thema „Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung“ am 21. Juni 2023

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir haben in der Obleuterunde verabredet, dass wir ohne weitere Aussprache darüber abstimmen. Deswegen frage ich in die Runde: Wer stimmt dieser Beschlussfassung so zu? Ich bitte um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen CDU/CSU, AfD, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und auch FDP bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. – damit einvernehmlich. Eine kleine Ergänzung: Bisher ist ein Sachverständiger von der CDU/CSU-Fraktion benannt: Herr Prof. Dr. Christian Calliess vom Lehrstuhl für Europäische Integration.



Tagesordnungspunkt 4

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)62

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Zu TOP 4 ist verabredet, dass die lfd. Nummer 4 der Votenliste vertagt wird, und dass wir über den Rest der Votenliste hier ohne weitere Aussprache abstimmen. Deswegen lasse ich über die Votenliste ohne die lfd. Nummer 4 abstimmen und bitte um das Handzeichen, wer ihr zustimmt. Das sind die FDP, CDU/CSU, AfD, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. Ich bedanke mich.

Tagesordnungspunkt 5

Beschlussfassung über die Einsetzung einer Berichterstattergruppe zum Thema "Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme"

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Diesen Tagesordnungspunkt haben wir abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 6

Berichte aus den Berichterstattergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Verabredungsgemäß wäre heute der Finanzausschuss an der Reihe. Der Abgeordnete Zorn hat sich entschuldigen lassen, und es wäre noch der Abgeordnete Glaser, der auch dem

Finanzausschuss angehört, aber er ist ebenfalls nicht anwesend. Insofern kann aus dem Finanzausschuss heute nicht berichtet werden. Daher die Frage in die Runde: Gibt es Berichte aus anderen Ausschüssen? Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 7

Verschiedenes

Ich will kurz über die Delegationsreise nach Dänemark und Finnland berichten, das allerdings nur summarisch. Die Fraktionen haben bisher insgesamt sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmer benannt. Die Fraktion DIE LINKE und die FDP-Fraktion verzichten auf eine Teilnahme. Und ich habe angekündigt, dass es eine Einladung an die Teilnehmenden zu einer Vorbesprechung geben wird, bei der wir das Programm dieser Delegationsreise präzisieren werden.

Abschließend unter „Verschiedenes“ noch der Hinweis: In der nächsten Sitzungswoche beginnen wir mit unserer Sitzung bereits um 17:00 Uhr, das Obleitertreffen erfolgt daher schon um 16:20 Uhr.

Gibt es von Ihrer Seite noch Anmerkungen unter Verschiedenes? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung, aber laufen Sie nicht alle weg. Wir haben gleich noch unser Fachgespräch, auf das wir uns freuen und vorbereitet haben. Wir machen eine kurze Unterbrechung für die Technik.

Schluss der Sitzung: 18:46 Uhr

Helmut Kleebank, MdB
Vorsitzender



Votenliste

Stand: 23. Mai 2023

| lfd. Nr. | Drs.-Nr. | Art | Titel | Berichterstatter | Nachhaltigkeitsbezug | Aussagen zur Nachhaltigkeit | Aussagen plausibel | Votum der BE |
|----------|----------|-----|--|--|----------------------|-----------------------------|--------------------|-----------------|
| 1 | 20/6813 | VO | <u>31. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösungsmittel in bestimmten Anlagen – 31. BImSchV)</u> | Katharina Beck, MdB Volker Mayer-Lay, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 2 | 202/23 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 18. Januar 2023 zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)</u> | Armand Zorn, MdB Dr. Andreas Lenz, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 3 | 200/23 | GE | <u>Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes</u> | Johannes Wagner, MdB Bernd Riexinger, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |



| lfd. Nr. | Drs.-Nr. | Art | Titel | Berichterstatter | Nachhaltigkeitsbezug | Aussagen zur Nachhaltigkeit | Aussagen plausibel | Votum der BE |
|----------|-------------------|-----|--|---|----------------------|-----------------------------|--------------------|-----------------|
| 4 | 198/23 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes</u> | Nils Gründer, MdB Bernd Riexinger, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 5 | 169/23 20/6872 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes</u> | Maik Außendorf, MdB Ralph Brinkhaus, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 6 | 168/23 20/6824 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze</u> | Maik Außendorf, MdB Ralph Brinkhaus, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 7 | 167/23 20/6873 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsengesetzes sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher und sozialrechtlicher Gesetze</u> | Maik Außendorf, MdB Ralph Brinkhaus, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 8 | 166/23 20/6871 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln (Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz - ALBVVG)</u> | Tina Rudolph, MdB Volker Mayer-Lay, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |



| lfd. Nr. | Drs.-Nr. | Art | Titel | Berichterstatter | Nachhaltigkeitsbezug | Aussagen zur Nachhaltigkeit | Aussagen plausibel | Votum der BE |
|----------|-------------------|-----|--|--|----------------------|-----------------------------|--------------------|-----------------|
| 9 | 165/23 20/6869 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz - PUEG)</u> | Tina Rudolph, MdB Volker Mayer-Lay, MdB | ja | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 10 | 140/23 20/6874 | GE | Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Weingesetzes | Rita Hagl-Kehl, MdB Dr. Wolfgang Stefinger, MdB | teilweise | ja | ja | keine Prüfbitte |
| 11 | 136/23 | GE | <u>Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Januar 2022 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über die Deutsche Schule in Belgrad</u> | Tessa Ganserer, MdB Dr. Wolfgang Stefinger, MdB | nein | nein | ja | keine Prüfbitte |

Antrag
der Fraktion CDU/CSU

zur Sitzung am 24. März 2023

17 Nachhaltigkeitsziele in den Mittelpunkt der Sitzungen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung rücken

Der Parlamentarische Beirat gibt sich eine neue Sitzungsstruktur. Im Mittelpunkt der Sitzungen sollen künftig die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stehen. Die Struktur gilt zunächst unabhängig von den laut Einsetzungsbeschluss (BT-Drucksache 20/696) bis zur Mitte der Legislaturperiode vorzulegenden Vorschlägen, wie die Arbeit des PBnE noch effizienter ausgestaltet und wirksamer in die Öffentlichkeit getragen werden kann.

Der Beirat wolle beschließen:

1. Der PBnE behandelt in seinen Sitzungen künftig jeweils ein Nachhaltigkeitsziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, beginnend mit SDG 1 „Armut in allen ihren Formen und überall beenden“.
2. Bei Bedarf und zur Themenschärfung der Sitzung kann die Obleuterunde im Vorfeld einer Sitzung, mindestens jedoch eine Woche im Voraus, einzelne Indikatoren des jeweiligen Nachhaltigkeitszieles festlegen.
3. Zu jeder Sitzung wird die für Nachhaltigkeit zuständige Staatsministerin im Bundeskanzleramt explizit durch den Vorsitzenden eingeladen. Ihre Anwesenheit wird zukünftig als obligatorisch angesehen.
4. Zu jeder Sitzung wird die Bundesministerin oder der Bundesminister durch den Vorsitzenden eingeladen, die zu dem Sitzungsgegenstand (Nachhaltigkeitsziel) Stellung bezieht und erläutert, was die Bundesregierung für das jeweilige Ziel in der Legislaturperiode bislang erreicht hat und was noch erreicht werden soll. Gerne können weitere Vertreterinnen und Vertreter mit besonderer Fachexpertise aus den Ministerien zusätzlich geladen werden. Sollte keine Teilnahme einer Vertreterin beziehungsweise eines Vertreters der Bundesregierung möglich sein, wird ein schriftlicher Bericht von der Bundesregierung angefordert. Auf das Zitierrecht des Deutschen Bundestages wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Der Parlamentarische Beirat behält

sich zudem vor, Experten (Sachverständige) zu den jeweiligen Themenbereichen einzuladen.

5. Zu den Sitzungen sollen die Ausschüsse des Deutschen Bundestages eingeladen werden, die sich mit dem jeweiligen Sitzungsgegenstand thematisch befassen.
6. Die Sitzungen sollen nach Möglichkeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
7. Der Vorsitzende legt bis 4. Juli 2023 eine Übersicht über das restliche Jahr 2023 sowie das erste Halbjahr 2024 vor, welche Nachhaltigkeitsziele wann behandelt werden sollen.

Begründung:

Nach dem Einsetzungsbeschluss hat der PBnE die Aufgabe, die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf parlamentarischer Ebene fachübergreifend zu begleiten. Aufgabenschwerpunkte liegen darüber hinaus in der parlamentarischen Begleitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf europäischer Ebene sowie auf Ebene der Vereinten Nationen.

Die fachübergreifende Begleitung mithin die Querschnittsfunktion des Parlamentarischen Beirats erfordert ein strukturiertes Vorgehen in den Sitzungen, um alle Themenbereiche – insbesondere die der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – umfassend bearbeiten zu können. Diese Struktur geht gegenwärtig verloren, da sich der PBnE zu sehr mit den Aktivitäten des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung im Bundeskanzleramt befasst. Ein Ergebnis des gegenwärtigen Vorgehens ist, dass die Agenda durch die Exekutive und nicht durch die Legislative selbst gesetzt wird. Darüber hinaus muss – jedenfalls für die 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages – festgestellt werden, dass sich der Parlamentarische Beirat als Hauptgremium des Parlamentes nicht hinreichend mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auseinandersetzt.

Ziel einer Neustrukturierung der Sitzungsabläufe durch den PBnE ist es, ein „Nachhaltigkeitscontrolling“ einzuführen, das den Mitgliedern des Parlamentarischen Beirats ermöglicht, Regierungshandeln zu überprüfen und Vorschläge an die Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung unseres Landes zu unterbreiten. Durch die neue Sitzungsstruktur wird die parlamentarische Kontrolle gestärkt. Eine durchgängige Kontrolle der exekutiven Staatsgewalt durch die Volksvertretung ist ein elementarer Bestandteil des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Berlin, 19.05.2023

Felix Schreiner, Dr. Wolfgang Stefinger und Fraktion